Schriften des Landtages Brandenburg Heft 1/2024

Potsdamer Erklärung zum Klimaschutz Ausschuss-Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Juli 2023

LANDTAG BRANDENBURG

Titelbild: Gruppenfoto der auswärtigen Sitzung des KGRE im Landtag Brandenburg am 4. Juli 2023

Inhalt

Vorwort 4

Symposium

„Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene als Beitrag zum Schutz der Menschenrechte“ am 3. Juli 2023 6

I. Eröffnungsrede
Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg 6

II. Grußwort
Leen Verbeek, KGRE-Präsident und Kommissar des Königs der Provinz Flevoland, Niederlande 9

III. Die Bedrohung des Klimawandels für Brandenburg und die Regionen Europas
Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung 12

IV. Ein Dorf voller Energie: Nechlin in der Uckermark
Matthias Schilling, Bürgermeister der Gemeinde Uckerland 18

V. Träger des EU Green Leaf Awards 2022: Winterswijks Politik gegen Energiearmut (NL)
Arjan Klein Nibbelink, Direktor für Nachhaltigkeit der Stadt Winterswijk 20

VI. Die „Grüne Agenda“ der georgischen Hauptstadt Tiflis (GEO)
Levan Zhorzholiani, Vorsitzender der Menschenrechtskommission im Stadtparlament Tiflis 23

VII. Niedrigschwellige Ansätze aus Ipswich (VK)
Bryony Rudkin, Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Stadt Ipswich 26

Sitzung

des Monitoring-Ausschusses des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) im Landtag Brandenburg am 4. Juli 2023 28

I. Eröffnungsrede
Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg 28

II. Resümee
Heiner Klemp, KGRE-Delegierter und Mitglied des Landtages Brandenburg 32

III. Die Potsdamer Erklärung 34

Wie Klimaschutz regional gedacht und gestaltet werden kann

Bei allen Landtags-Diskussionen mit Kindern und Jugendlichen kommt schnell die Frage nach politischem Handeln für Klimaschutz, Artenvielfalt und gesunde Umwelt auf. Ein Generationsthema der Jungen, das nicht neu ist, aber aktuell endlich die notwendige Aufmerksamkeit, Mehrheit und Unterstützung in der Gesellschaft findet.

Im Umfeld einander überlagernder Krisen und Veränderungen kann das Menschheits-Thema **Klima** in den Hintergrund geraten – nach Transformation, Mobilitätswende, Digitalisierung, Energiewende, Forstumbau und zahlreichen gleichzeitig notwendigen Reformen. Dabei wird klar, dass alles miteinander und auch mit dem Klimawandel zu tun hat. Es sind komplexe Aufgaben, deren Lösungen nur Schritt für Schritt erfolgen können – letztlich vor Ort in Gemeinden und Regionen. Politik muss den Protest der Jungen ernst nehmen, aufklären und Klimaschutz regional ermöglichen.

Der Landtag Brandenburg beteiligte sich aktiv am europäischen Forum zur Zukunft Europas. Das Europäische Parlament hatte sich dazu verpflichtet, die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zur Stärkung der Handlungsfähigkeit, der demokratischen Legitimation und der Rechenschaftspflicht der EU weiterzuverfolgen und umzusetzen. Kurz nach seiner konstituierenden Sitzung 2019 benannte der Landtag Brandenburg per Wahl den Abgeordneten Heiner Klemp (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) als Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) für die Mandatsperiode 2020 bis 2025. Thema der KGRE-Konferenz vom 5. bis zum 7. Juli 2023 sollte Klimaschutz sein – ein besonderes Anliegen von Heiner Klemp und mir. Wir boten den Brandenburger Landtag als Austragungsort dieser Sitzung an.

Gründe gab es genug: Brandenburg ist deutschlandweit Vorreiter beim Klimaschutz, etwa durch den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Brandenburg deckt heute rechnerisch 95 Prozent seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Es gibt schon energieautarke Gemeinden: Feldheim, ein Ortsteil von Treuenbrietzen. Das Dorf stellt Strom und Wärme aus Wind- und Biogasanlagen her, kostengünstig und klimaneutral. Ebenso Nechlin und Uckerland: Die Dörfer leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Sie sind Beispiele für einen Paradigmenwechsel. Aber diese Beispiele zeigen auch: Es gibt noch viel zu tun, gerade vor Ort, in der eigenen Wohnung, an der Arbeitsstätte etc.

Der Landtag Brandenburg erwirbt für ausgestoßene Kohlendioxid-Emissionen die regionalen Klimaschutz-Zertifikate „MoorFutures“ und unterstützt somit die Renaturierung der Landschaft. Gar keine CO_2-Emissionen wären freilich noch besser. Um unterschiedliche Sichtweisen zum Thema des Kongresses widerspiegeln zu können, veranstaltete der Landtag Brandenburg am Vortag des KGRE ein Symposium. Das international renommierte Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) konnte als Partner gewonnen werden. Die vorliegende Veröffentlichung der Redebeiträge aus dem Symposium **„Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene als Beitrag zum Schutz der Menschenrechte“** gibt den aktuellen Stand der Diskussion im Juli 2023 wieder.

Am Tag nach dem Symposium beriet der Monitoring-Ausschuss des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas die „Potsdamer Erklärung zum gemeinsamen Engagement für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt.“ Diese „Potsdamer Erklärung“ wurde einstimmig beschlossen. Sie verpflichtet die europäischen Kommunen und Regionen in den 46 Staaten des Europarates zu Anstrengungen für den Klima- und Umweltschutz. Zudem sieht sie eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Umweltschutz vor. Feierlich unterzeichneten die Vorsitzende des Monitoring-Ausschusses, Gudrun Mosler-Törnström, und ich die Erklärung.

Im März 2024 hat die Landesregierung den „Klimaplan Brandenburg“ beschlossen. Er beinhaltet mehr als 100 Maßnahmen, damit Brandenburg bis 2045 klimaneutral wird. Ein ambitioniertes Ziel, das wir nur gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern erreichen können. Klimaschutz muss selbstverständlich werden, damit wir auch für künftige Generationen unsere vielfältige Natur schützen und bewahren. Weitere Rahmenbedingungen werden notwendig, um die Förderung von erneuerbaren Energien, umweltfreundlicher Mobilität und Umweltbildungsprojekten zu ermöglichen. Die jungen Menschen haben vollkommen Recht, wenn sie bei allen Landtags-Diskussion die Frage stellen nach politischem Handeln für Klimaschutz, Artenvielfalt und gesunde Umwelt!

Ich freue mich darüber, dass ich Ihnen Gedanken aus dem Symposium vermitteln kann und wünsche Ihnen neue, spannende Ideen, wie Klimaschutz regional gedacht und gestaltet werden kann!

Herzlichst
Ihre

Prof. Dr. Ulrike Liedtke
Präsidentin des Landtages Brandenburg

Symposium

„Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene als Beitrag zum Schutz der Menschenrechte“ am 3. Juli 2023

Eröffnungsrede

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Präsidentin des Landtages Brandenburg

Sehr geehrter Herr Präsident Verbeek, liebe Frau Vorsitzende Mosler-Törnström, sehr geehrter Herr Präsident Servaty, sehr geehrter Herr Generalsekretär Mori, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und Vertreter der Landesregierung Brandenburg, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auswärtigen Sitzung des Monitoring-Ausschusses, sehr geehrter Herr Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, Pete Heuer, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen – im Land Brandenburg, in der Hauptstadt Potsdam und natürlich zu unserem Symposium. Es ist eine Ehre und ein Vergnügen für mich als Präsidentin des Landesparlaments, das Symposium über das Thema „Klimaschutz auf regionaler und kommunaler Ebene“ ausrichten zu dürfen.

Brandenburg liegt im Herzen des europäischen Kontinents und die Menschen hier fühlen sich dem europäischen Gedanken eng verbunden. Hier kreuzen sich seit jeher Straßen und Wasserwege zwischen Ost und West, Nord und Süd. Über Jahrzehnte lag die Region nahe am Eisernen Vorhang, der Trennlinie zwischen den politischen Systemen und Ideologien. Heute pflegen wir sehr gute Beziehungen zu zahlreichen Staaten, allen voran zu unserem Nachbarn Polen, zu Frankreich und Georgien.

Brandenburg und seine Hauptstadt Potsdam sind daher als Ort besonders geeignet, um über Verbindendes zu sprechen und über neue Perspektiven: gemeinsame Lösungen für Probleme, die uns alle betreffen – und dazu gehört zweifelsohne der Klimawandel.

Er beeinträchtigt, ja gefährdet das europäische Modell von Wohlstand und Wachstum. Und noch mehr: Die Folgen der Klimaveränderungen haben schon jetzt gesellschaftliche Auswirkungen, sie verschärfen das soziale Klima und werfen Fragen nach Verantwortung, Einschränkungen und Beteiligungsrechten auf:

- Wie und mit welchen Maßnahmen lässt sich die Erderwärmung am wirksamsten verlangsamen, am besten stoppen?
- Was können die verschiedenen Parlamente, von der europäischen Ebene über die nationalen Versammlungen bis hin zu den Regionen und Kommunen, dazu beitragen?
- Wie lassen sich die Menschen in diesem Prozess mitnehmen und einbeziehen, mit ihren Ideen und Initiativen, ihren Wünschen und Sorgen?

Denn eines ist klar: Wenn der Klimaschutz gelingen soll, müssen alle an einem Strang ziehen. Klimaschutz nur von oben durch Gesetze verordnet gelingt ebenso wenig wie bloßes Vertrauen auf Einsicht und freiwillige Umstellungen im täglichen Verhalten.

„Wenn der Klimaschutz gelingen soll, müssen alle an einem Strang ziehen."

Wir brauchen beides: auf der einen Seite grundlegende Veränderungen bei der Warenproduktion, bei Lieferwegen, Baumaßnahmen oder in der Landwirtschaft. Und auf der anderen

Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Seite die vielen kleinen Beiträge: ein Umsteigen vom Auto aufs Fahrrad; ein neues Energiekonzept für kleine Dörfer oder ganze Städte; die Bereitschaft von Siedlungen, ihre bisher zubetonierten Parkplätze zu entsiegeln; eine klimaschonende Ernährung ohne verordneten „Veggie-Day“.

Das sind nur einige wenige Beispiele, es gibt viele mehr. Nur durch das Zusammenwirken aller werden wir Europa und unseren gesamten Planeten bewohnbar erhalten können.
Wir haben nur diese eine Erde!

Potsdam wiederum steht für das Bemühen, den Klimawandel zu erforschen, zu verstehen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen: Nicht weit von hier, auf dem Telegrafenberg hoch über der Stadt, hat seit mehr als 30 Jahren das „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ (PIK) seinen Sitz – eine der renommiertesten wissenschaftlichen Einrichtungen weltweit zum Thema. Als das PIK seine Arbeit 1992 aufnahm, waren Klimawandel und -schutz noch etwas für Eingeweihte. Inzwischen sind sie täglich und überall präsent. Ich freue mich daher außerordentlich, dass wir als Hauptredner für dieses Symposium den Direktor und Chefökonomen des Potsdamer Instituts, Herrn Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, gewinnen konnten.

Blick in den Saal während der Eröffnungsrede von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Grußwort

Leen Verbeek

KGRE-Präsident und Kommissar des Königs der Provinz Flevoland, Niederlande

[Original: Englisch; Deutsche Übersetzung von Dr. Mechthild Baumann]

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kongressmitglieder, sehr geehrte Anwesende,

zunächst einmal möchte ich meine aufrichtige Dankbarkeit an den Landtag Brandenburg zum Ausdruck bringen, der uns heute hier empfängt, damit wir dieses wichtige Thema diskutieren können. Es ist für jetzige, vor allem aber für zukünftige Generationen sehr wichtig. Vielen Dank auch an Heiner Klemp und sein Team für die Vorbereitung dieser Konferenz.

Klimawandel verändert unsere Gesellschaften und unser Verhalten. Mit jeder Jahreszeit wird uns vor Augen geführt, dass sich die Lebensbedingungen aller Lebewesen verschlechtern, wenn wir unsere Arbeitsweisen nicht stark verändern. Jeder Waldbrand erinnert uns daran, dass wir unsere Wälder schützen

KGRE-Präsident Leen Verbeek

müssen; jede Dürre erinnert uns daran, wie notwendig Wasser für unser Überleben ist. Unsere oberste Priorität sollte deshalb sein, zu vermeiden, dass wir den nachfolgenden Generationen einen lebensfeindlichen Planeten hinterlassen. Dies ist unsere gemeinsame Verpflichtung.

Während des letzten Jahrzehnts wurde die Verknüpfung zwischen Klimawandel und Menschenrechten stärker hervorgehoben, beispielsweise durch das Pariser Abkommen, welches 2015 auf der Pariser Klimakonferenz COP21 verabschiedet wurde. Zusätzlich haben sowohl der Menschenrechtsrat als auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt, dass eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ein Menschenrecht ist. Dies spiegelt sich auch im 13. Ziel für nachhaltige Entwicklung wider.

In Europa hat sich der Europarat einen Namen gemacht als diejenige Organisation, die sich für den Schutz der Umwelt durch Menschenrechte einsetzt. Er hat zahlreiche internationale rechtliche Standards entwickelt, wie die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte, die Europäische Sozialcharta und die Berner Konvention über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume, welche den Schutz der Umwelt und Menschenrechte fördern.

Letztes Jahr schlug der KGRE vor, ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der Selbstverwaltung zu verabschieden, welches festschreiben soll, dass gutes Regierungshandeln auf lokaler Ebene zwingend den Schutz der Umwelt berücksichtigen muss.

„Der KGRE […] wird seinen Teil der Verantwortung übernehmen, um die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gesellschaften zu bekämpfen.“

Vom 16. bis zum 17. Mai 2023 tagte der Europarat in Reykjavik. Die Staats- und Regierungschefs erkannten an, dass die Menschheit einer dreifachen Krise ausgesetzt ist: Klimawandel, Umweltverschmutzung und der Verlust von Biodiversität. Dies hat auch Auswirkungen auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Zusammenhang bekräftigte der Europarat die entscheidende Rolle von Städten, Gemeinden und Regionen. Am Ende des Treffens, welches einen Wendepunkt für den Europarat darstellt, initiierten die Staats- und Regierungschefs den „Reykjavik-Prozess“. Er hat das Ziel, die Arbeit des Europarats im Bereich des Umweltschutzes zu stärken.

Dieser Aufgabe nimmt sich der KGRE an und wird seinen Teil der Verantwortung übernehmen, um die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gesellschaften zu bekämpfen. Diese Bekämpfung liegt in der geteilten Verantwortung aller Gesellschaftsschichten und aller Regierungsebenen.

Ökologie ist keine politische Meinung mehr. Sie ist eine Notwendigkeit, um unseren Planeten zu retten und hat ihren Anfang in den Städten und Regionen. Der Schutz der Umwelt ist keine Ideologie mehr, sondern eine Notwendigkeit.

Gemeinden und Regionen sind die Schlüsselpartner für nationale Behörden, um unseren Planeten sicherer und gesünder zu machen. Uns kommunalen und regionalen Vertreterinnen und Vertretern bietet sich in den Beschlüssen, die wir täglich für unsere Bürgerinnen und Bürger fassen, ein großes Handlungspotenzial.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ich weiß, dass die Macht der Gewohnheit sehr stark ist. Aber in diesem Zusammenhang ist es notwendig, unsere Komfortzone zu verlassen und neue Methoden und Ansätze auszuprobieren.

Wir können uns glücklich schätzen, dass wir über einen großen Vorrat an Ideen verfügen. Darin liegt unsere Stärke. In diesem Zusammenhang ist die dritte Ausgabe des Handbuchs für Menschenrechte ein großartiges Beispiel. Es richtet sich an kommunale und regionale Vertreterinnen und Vertreter, die sich in den Bereichen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung engagieren. Dieses Handbuch zeigt erfolgreiche Praktiken im Umweltschutz und zeigt anschaulich, was kommunale und regionale Gebietskörperschaften ausrichten können. Es liegt an ihnen, proaktiv zu handeln und Veränderungen anzutreiben. Allerdings sind sie in ihren Kompetenzen ziemlich eingeschränkt, weshalb ihr Handlungsspielraum erweitert werden sollte.

Wir sind davon überzeugt, dass präventive Ansätze dazu führen könnten, die hohe Zahl anhängiger Fälle zum Umweltrecht beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu senken.

Heutzutage ist es weithin anerkannt, dass gutes Regierungshandeln auf lokaler Ebene auch den Umweltschutz systematisch integriert. Um dies zu bekräftigen, wird Ihnen morgen während der Sitzung des Monitoring-Komitees die „Potsdamer Erklärung“ zur Annahme vorgelegt. Damit wollen wir unsere Verpflichtung zum Schutz unseres gemeinsamen Erbes erneuern.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, jede Bürgerin und jeder Bürger in jeder Gemeinde kann zum Umweltschutz beitragen. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Potenzial zum Wohle nachkommender Generationen für lokale und regionale Gebietskörperschafen freisetzen.

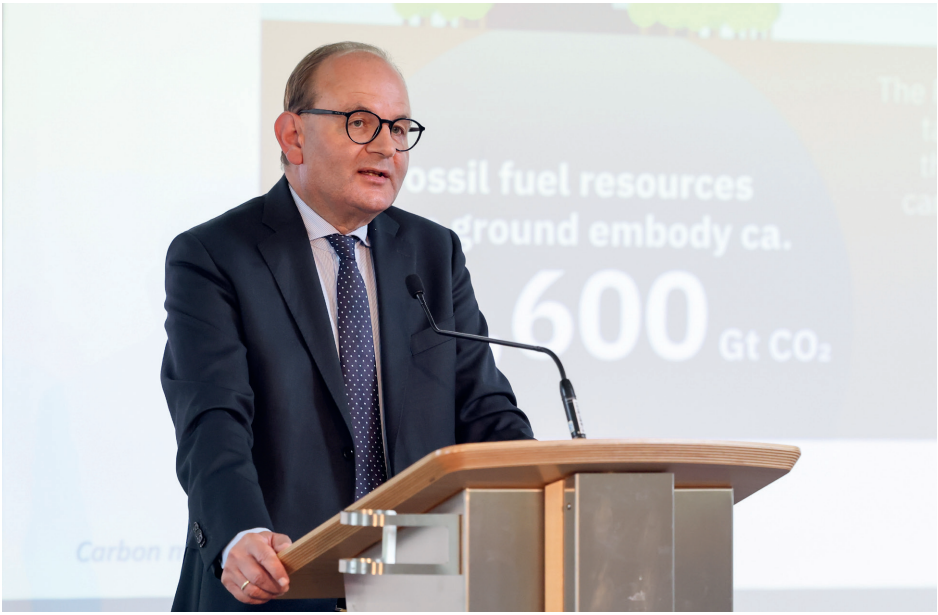
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Bedrohung des Klimawandels für Brandenburg und die Regionen Europas

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)

Der Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, erläuterte in seinem Vortrag anschaulich und gleichsam nachdrücklich, warum sich die globale Politik kein Zögern in der Klimapolitik mehr erlauben könne. Die Dramatik der Klimakrise illustrierte er anhand eines anschaulichen Bildes: „Man kann sich die Atmosphäre als eine Badewanne vorstellen. In die Wanne fließt Wasser rein, aber es fließt kein Wasser ab. Das bedeutet: Der Wasserpegel steigt permanent an. Wenn wir verhindern wollen, dass die Badewanne überläuft, dann muss der Zufluss auf null gesenkt werden."



Direktor und Chefökonom des PIK Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

„Wir müssen den ‚Zufluss' von CO_2 in die Atmosphäre bis zur Jahrhundertmitte auf netto null senken!"

Deutlich formulierte er den anschließenden Appell: „Vielen Entscheidungsträgern ist immer noch nicht klar: Wir müssen den ‚Zufluss' von CO_2 in die Atmosphäre bis zur Jahrhundertmitte auf netto null senken!"

Soll der Anstieg der globalen Mitteltemperatur – wie im Pariser Klimaabkommen beschlossen – auf „deutlich unter 2°C" begrenzt werden, dann dürften nicht mehr als 600 Gigatonnen CO_2 in die Atmosphäre entlassen werden. Soll die Mitteltemperatur gar auf 1,5°C begrenzt werden, dürften nicht mehr als 250 Gigatonnen CO_2 emittiert werden.

Ein damit verbundenes Problem, dessen sich viele Menschen nicht bewusst seien, liege in der riesigen Menge an Kohlendioxid, die in der Erde gebunden ist.

Mindestens 10.600 Gigatonnen CO_2 seien in den technisch erschließbaren Reserven der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas in der Erde gebunden. Es müsse verhindert werden, dass dieser Kohlenstoff in die Erdatmosphäre freigesetzt werde. Andernfalls drohe eine noch schnellere und stärkere Erwärmung der Erde.

An dieser Stelle übte er deutliche Kritik an den nach wissenschaftlicher Auffassung bislang zu wenig ambitionierten klimapolitischen Maßnahmen weltweit: „Die bislang verabredeten Maßnahmen der Staaten reichen nicht aus, um die Klimaerwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Was es noch schlimmer macht: Selbst die unzulänglichen Versprechungen werden nicht eingehalten. Aus diesem Grund werden wir uns mit einer bitteren Wahrheit auseinandersetzen müssen: Wir werden mit den bisherigen Maßnahmen das 1,5°C-Ziel nicht erreichen können."

Es reiche nicht, so Edenhofer, CO_2 zu reduzieren oder es gebunden im Boden zu halten. Es müsse auch – die zuvor verwendete Metapher aufgreifend – „Wasser aus der Badewanne abgelassen werden". Mit anderen Worten: CO_2 müsse der Atmosphäre entzogen werden. Dies könne durch sogenannte negative Emissionstechnologien erreicht werden. „Ab der Jahrhundertmitte müssen wir netto-negative CO_2-Emissionen erreichen", forderte Prof. Dr. Edenhofer unmissverständlich. „Hierfür brauchen wir ein globales Kohlenstoffmanagement. Und das müssen wir jetzt angehen, jetzt!"

Blick in den Saal während des Vortrags von Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

„Die bislang verabredeten Maßnahmen der Staaten reichen nicht aus, um die Klimaerwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.“

Die natürlichste negative Emissionstechnologie sei die Aufforstung, durch die CO_2 jedoch nicht dauerhaft aus der Atmosphäre entnommen werden kann. Daher müssen auch große Filteranlagen sowie Verfahren, die Bioenergie mit der Einlagerung von CO_2 im geologischen Untergrund kombinieren, zum Einsatz kommen.

In der Debatte um CO_2-Entnahmen müssen drei verwandte Konzepte klar voneinander abgegrenzt werden:

- CDR = Carbon Dioxide Removal (dt.: CO2-Entnahme): CO_2 wird aus der Atmosphäre entnommen und anschließend dauerhaft in unterirdischen geologischen Speichern verwahrt.
- CCS = Carbon Capture and Storage Technology (dt.: CO_2-Abscheidung, -Transport und -Speicherung): CO_2 aus Industrie- oder fossilen Energieversorgungsanlagen wird direkt in

tiefe Erdschichten eingeleitet und dauerhaft dort gespeichert.
- CCU = Carbon Capture and Utilisation (dt.: CO_2-Abscheidung und Nutzung): CO_2 wird der Erdatmosphäre entzogen oder aus fossilen Energieträgern abgeschieden und ein zweites Mal genutzt, z. B. in der Power-to-Gas-Technologie (dt.: Strom-zu-Gas-Technologie).

Nur durch CDR kann der Atmosphäre dauerhaft CO_2 entzogen und somit ein vorheriger Emissions-Overshoot (dt.: Emissionsüberschreitung) ausgeglichen werden.

Im zweiten Teil seines Vortrags bewertete Prof. Dr. Edenhofer die klimapolitischen Maßnahmen der EU im Rahmen des Europäischen Green Deals. „Das ‚Fit-for-55-Paket' der Europäischen Kommission ist das wichtigste und größte klimapolitische Paket, das es im Augenblick auf diesem Planeten gibt." Es umfasst eine Vielzahl von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, mit denen die EU bis 2050 treibhausgasneutral werden soll.

„Der Europäische Green Deal hat mit seiner Strahlkraft dafür gesorgt, dass Europa geopolitisch nicht mehr allein dasteht", hielt Prof. Dr. Edenhofer fest. Denn nach dem europäischen „Fit-for-55-Paket" hätten die Vereinigten Staaten den „Inflation Reduction Act" (dt.: Gesetz zur Reduzierung der Inflation) verabschiedet, der auch die Besteuerung von Produkten entsprechend ihres CO_2-Gehalts vorsieht.

Nun überlege auch Indien, einen nationalen Emissionshandel einzuführen. Die EU spiele im Klimaschutz daher eine wichtige Vorreiterrolle.

„Der Europäische Green Deal hat mit seiner Strahlkraft dafür gesorgt, dass Europa geopolitisch nicht mehr allein dasteht."

Die internationale Akzeptanz des Europäischen Green Deals erklärt sich Prof. Dr. Edenhofer auch durch zwei wichtige Begleitinstrumente zum europäischen Emissionshandel, die die EU 2022 aufgesetzt hat: den Carbon-Border-Adjustment-Mechanismus (dt.: CO_2-Grenzausgleichssystem) und den Social Climate Fund (dt.: Klima-Sozialfonds). Insbesondere einen sozialen Ausgleich hält Prof. Dr. Edenhofer für unentbehrlich: „Wenn Mobilität und Wärme teurer werden, belastet dies besonders die einkommensschwachen Haushalte. Dies würde die Akzeptanz für die Klimapolitik vermindern. Es ist deshalb unverzichtbar, sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen für einen sozialen Ausgleich zu sorgen."

Einen gerechten Ausgleich müsse man auch mit denjenigen Staaten suchen, die wenig zum Klimawandel

Impression des Symposiums zum „Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene als Beitrag zum Schutz der Menschenrechte“

beitragen, jedoch besonders stark unter dessen Folgen leiden. Unter dem Schlagwort „Fair Share“ wird derzeit in der EU diskutiert, wie der besonders hohe CO_2-Fußabdruck reicher Industriestaaten reduziert und ein Ausgleich mit den besonders betroffenen Staaten erzielt werden kann. Auch hier positionierte sich Prof. Dr. Edenhofer klar: „Zwischen der höchsten Ambition, die in Europa erreicht werden kann, und dem, was ein ‚Fair Share‘ wäre, klafft eine gewaltige Lücke, die die EU durch negative Emissionstechnologien nicht nur innerhalb der EU ausgleichen muss; sie muss auch negative Emissionstechnologien im Ausland finanzieren.“

Die Anstrengungen, die die EU in den nächsten Dekaden unternehmen muss, um Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen, schätzte der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung als gewaltig ein: Die EU müsse die Industrie-, Strom-, Verkehrs- und Gebäudesektoren fundamental transformieren. „Dies reicht von Aufforstung über große Filteranlagen, die technisch CO_2 der Atmosphäre entziehen, bis hin zur Kombination von Bioenergie und Kohlenstoffeinlagerung im geologischen Untergrund“, so Edenhofer.

„Wir haben keine Zeit zu verlieren!“

Zur institutionellen Steuerung und Unterstützung der zur Erreichung der Treibhausgasneutralität bis 2050 notwendigen Transformation schlägt das PIK die Gründung dreier Einrichtungen vor: eine Institution, die die Entnahme von CO_2 aus der Atmosphäre zertifiziert (Carbon Removal Certification Authority), eine Institution, die Innovationen wie Direct Air Capture (dt.: direkte Abscheidung) finanziert (Green Leap Innovation Authority) sowie eine europäische Kohlenstoff-Zentralbank (European Carbon Central Bank), die in der Lage ist, nicht vermiedene Rest-Emissionen permanent zu kompensieren.

Seine Analyse beendete Prof. Dr. Edenhofer mit einem eindringlichen Appell an die Teilnehmenden: „Wir haben keine Zeit zu verlieren!“

Ein Dorf voller Energie: Nechlin in der Uckermark

Matthias Schilling

Bürgermeister der Gemeinde Uckerland

Der Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde Uckerland, Matthias Schilling, präsentierte den Anwesenden, wie man aus der Not eine Tugend macht: die notwendige Anpassung durch innovative und gleichsam bürgernahe Verfahren nutzen, um so die lokale Wertschöpfung zu fördern. Dies gelingt der Gemeinde Uckerland durch ein vermeintlich einfaches Verfahren: Das gesamte Dorf Nechlin wird mit Hilfe eines Windspitzenwärmespeichers beheizt. Dazu wird der Teil des Windstroms genutzt, welcher nicht sinnvoll über das Stromnetz weitergeleitet werden kann.

„Statt Windenergieanlagen abzuregeln, wird in Nechlin das Prinzip Nutzen statt Abregeln angewandt."

Illustriert durch zahlreiche Grafiken und Bilder erläuterte Bürgermeister Schilling die hierzu verwendeten Verfahren. In der Uckermark gibt es zahlreiche Windenergieanlagen, so auch in Nechlin. Die dort ansässigen Anlagen liefern jährlich rund 70 Millionen Kilowattstunden Strom. Wenn solche Anlagen mehr Strom erzeugen, als in die Stromnetze eingespeist werden kann, werden sie zeitweise abgeregelt. Und genau hier liegt die Innovation der Gemeinde Uckerland, wie Bürgermeister Schilling darstellte: „Statt Windenergieanlagen abzuregeln, wird in Nechlin das Prinzip Nutzen statt Abregeln angewandt." Die Nutzung erfolge über einen Windspitzenwärmespeicher, in den der überschüssige Strom geleitet werde. Dieses Verfahren heißt Power-to-X und wird von der Firma Enertrag betrieben. Der überschüssige Strom heize Wasser in einem Wärmespeicher. Über ein Rohrleitungssystem werde das heiße Wasser ins Dorf geleitet und dort weiterverteilt. Die CO_2-Einsparung gegenüber einer Beheizung der Häuser mit Öl liege bei geschätzten 20 Tonnen pro Jahr. Doch dies sei nur ein Teil der Innovation, wie Matthias Schilling erklärte.

Schilling berichtete, dass die Deutsche Flugsicherung (DFS) jüngst das Projekt der Enertrag-Tochter Dark Sky für die bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung in der Uckermark genehmigt habe. „Dark Sky" bedeutet, dass die Windenergieanlagen, die

Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde Uckerland Matthias Schilling

nachts rot blinken müssten, um anfliegende Piloten zu warnen, nur dann eingeschaltet würden, wenn sie auch gebraucht würden. „Die ersten Windfelder in Uckerland sind bereits in der Nacht bedarfsgerecht beleuchtet, also im Normalfall dunkel“, berichtete Schilling. Doch auch tagsüber bereiteten die Windenergieanlagen einige Probleme, da Vögel sich an den Rotorblättern verletzen könnten. Dies wiederum senke die Akzeptanz von Windenergieanlagen in der Bevölkerung.

Aus diesem Grund habe die Firma Tandem in einem nördlichen Windfeld der Gemeinde ein Pilotprojekt gestartet, um mit einem kameragestützten System den Vogelflug zu beobachten und mit Unterstützung von künstlicher Intelligenz die Vögel zu erkennen und gegebenenfalls die Windräder in ihren Laufeigenschaften zu beeinflussen, damit das Tötungsrisiko für die Vögel gemindert werde.

Das Nahwärmenetz, welches für die Versorgung verlegt werden musste, wurde mit Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums finanziert.

Träger des EU Green Leaf Awards 2022: Winterswijks Politik gegen Energiearmut (NL)

Arjan Klein Nibbelink

Direktor für Nachhaltigkeit der Stadt Winterswijk, Niederlande

Einer anderen ernsten und wachsenden Herausforderung, die im Zusammenhang mit Energie und Menschenrechten steht, widmete sich der Beitrag aus den Niederlanden: Energiearmut. Damit ist nicht etwa eine Knappheit an Energieträgern wie Gas oder Öl gemeint, sondern die Tatsache, dass Menschen einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres Einkommens für Energiekosten aufwenden müssen. In den Niederlanden wenden Haushalte, die als energiearm eingestuft werden, durchschnittlich 13 bis 20 Prozent ihres zur Verfügung stehenden Einkommens für Energiekosten auf – im Gegensatz zu Haushalten mit höheren Einkommen, die nur fünf Prozent ihres Einkommens für Energiekosten ausgeben müssen. Der Anteil derjenigen, die unter Energiearmut leiden, ist seit dem 2022 begonnenen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dem damit verbundenen Anstieg der Gaspreise erheblich gestiegen.

„Mittelfristig kann Energiearmut die soziale Stabilität der Gesellschaft bedrohen.“

Der Direktor für Nachhaltigkeit der Stadt Winterswijk, Arjan Klein Nibbelink, erläuterte zunächst verschiedene negative Folgen der Energiearmut. Zunächst bedeute es für einen Teil der Betroffenen, dass sie sich verschuldeten, um die Energiekosten tragen zu können. Würden die Betroffenen alternativ auf das Heizen ihrer Wohnung verzichten, hätte dies wiederum negative Folgen auf die Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden. Besonders dramatisch sei dies, wenn Kinder betroffen seien. „Mittelfristig kann Energiearmut die soziale Stabilität der Gesellschaft bedrohen“, warnte Nibbelink.

Direktor für Nachhaltigkeit der Stadt Winterswijk Arjan Klein Nibbelink

Dieses Problems nimmt sich die niederländische Stadt Winterswijk seit mehreren Jahren an. Arjan Klein Nibbelink kritisierte, dass die meisten staatlichen Unterstützungsleistungen eher Besserverdienern zugutekämen, denn hierfür müsse man in Vorleistung gehen und bekäme anschließend einen Teil der Kosten erstattet. Doch was, wenn man es sich nicht leisten könne, die Kosten vorzustrecken? Besonders ungerecht sei in diesem Zusammenhang, dass wohlhabende Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Energie verbrauchten und die Umwelt im Verhältnis stärker verschmutzten.

Die Stadt Wintersijk wollte daher eine Unterstützung anbieten, die wirklich bei den Bedürftigen ankomme. Deshalb verfolge die Stadt einen aufsuchenden Ansatz: „Wenn Sie arm sind, denken Sie nicht als erstes daran, Ihre Energiekosten zu senken.“ Aus diesem Grund gehe die Stadt direkt auf betroffene Bürgerinnen und Bürger zu und biete ihnen praktische und niedrigschwellige Unterstützung an. Für dieses bürgernahe und nachhaltige Engagement bekam die Stadt im Jahr 2022 den „EU Green Leaf Award“ verliehen.[1]

1 https://environment.ec.europa.eu/topics/urban-environment/european-green-leaf-award/winning-cities/winterswijk-2022_en (letzter Abruf: 12.06.2024)

Im Jahr 2019 verteilte die Stadt erstmalig 1.000 LED-Lampen an Einwohnerinnen und Einwohner mit niedrigem Einkommen. Dadurch können diese dauerhaft ihren Energieverbrauch senken. Doch wie die Stadt feststellen musste, verwendeten längst nicht alle Begünstigten die Lampen. Manchmal scheitere es an so einfachen Dingen wie einer fehlenden Leiter, um die Lampen einzuschrauben oder auch an mangelnden praktischen Fertigkeiten. Die Stadt schicke deshalb zwei Mitarbeitende, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Installation der energiesparenden Lampen zu unterstützen. „Unsere Lektion daraus war", resümierte Nibbelink: „Setzen Sie die Maßnahmen gemeinsam mit Ihrer Zielgruppe um und ziehen Sie Experten hinzu."

„Wir wollen besser verstehen, was funktioniert und was wirklich bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt", sagte Nibbelink. Deshalb habe die Stadt eine Studie in Auftrag gegeben, mittels derer bewährte Praktiken anderer Städte und Gemeinden zur Senkung der Energiearmut identifiziert und ausgewertet würden. Diese Studie identifizierte vier Erfolgskriterien:

1. ein auf die Zielgruppe zugeschnittenes Angebot, welches substanziell genug ist, um eine Wirkung zu entfalten,
2. eine intensive Zusammenarbeit mit den Stakeholdern vor Ort,
3. eine Kommunikationsstrategie, die Haushalte mit niedrigem Einkommen anspricht und 4. eine professionelle Projektorganisation.

Maßnahmen, die die Stadt Winterswijk auf Basis dieser Studie entwickelte, waren unter anderem die Initiative „Energiesparkumpels" (engl.: energy-saving buddies). Diese unterstützen die betroffenen Haushalte über einen Soft-Skills-basierten Ansatz, ohne sie zu belehren. Daneben gebe es sogenannte Energiehausmeister, die kleine Reparaturen oder Installationen in den energiearmen Haushalten verrichteten. Zudem gebe es begleitende technische Maßnahmen, wie die Ausstattung von Haushalten mit Messgeräten, die den aktuellen Energieverbrauch anzeigen. Ergänzt werde dies durch eine leicht verständliche Broschüre, die den Betroffenen praktische Tipps gibt.

Diese Maßnahmen hatte die Stadt Winterswijk bereits etabliert, bevor der Krieg in der Ukraine begann. Als dann die Energiepreise stiegen und die Regierung zusätzliche Mittel zur Abfederung der Belastung zur Verfügung stellte, war die Stadt gut aufgestellt, denn sie hatte die Infrastruktur und notwendige Prozesse zur Unterstützung energiearmer Haushalte bereits etabliert.

Die „Grüne Agenda“ der georgischen Hauptstadt Tiflis (GEO)

Levan Zhorzholiani

Vorsitzender der Menschenrechtskommission im Stadtparlament Tiflis, Georgien

Eine „Grüne Agenda“ soll die Anpassung der Hauptstadt Georgiens an den Klimawandel beschleunigen und sozial verträglich machen. Elemente dieser „Grünen Agenda“ stellte der Vorsitzende der Menschenrechtskommission im Stadtparlament Tiflis, Levan Zhorzholiani, den Teilnehmenden vor.

„Im Jahre 2020 verankerte Georgien […] Menschenrechte und Umweltschutz als höchste Prioritäten staatlichen Handelns.“

Im Jahre 2020 verankerte Georgien, damals im Rahmen des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats, Menschenrechte und Umweltschutz als höchste Prioritäten staatlichen Handelns.

Lange Zeit, erläuterte der Abgeordnete Zhorzholiani, wurde wirtschaftliches Wachstum in Georgien nicht mit Umweltschutz verbunden. Dies habe negative Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Stadtplanung und auf die Umwelt im Allgemeinen gehabt. In Reaktion auf diese Entwicklung verabschiedete Georgien seit 2012 mehrere Rechtsakte, um die „grüne Transformation“ Georgiens voranzubringen. Doch es waren auch das Assoziationsabkommen zwischen Georgien und der EU sowie Georgiens Wunsch auf einen EU-Beitritt, die das Land motivierten, die „Grüne Agenda“ umzusetzen. Seitdem würden zahlreiche Sektoren, darunter Waldwirtschaft, Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung und Müllentsorgung, zielgerichtet reformiert.

Tiflis, die Hauptstadt Georgiens, hat in diesem Zusammenhang mehrere Pilotprojekte aufgesetzt. So verabschiedete der Stadtrat 2019 einen Plan, mit dem Tiflis grüner und resilienter werden soll. Das Transportsystem solle etwa besser vernetzt und die Stadtplanung ganzheitlich angegangen werden. Dazu gehöre beispielsweise, die Grünflächen der Stadt miteinander zu verbinden, anstatt die Bereiche dazwischen großflächig zu bebauen. Dadurch sollen Wohnqualität und Sicherheit der Stadt erhöht

Vorsitzender der Menschenrechtskommission im Stadtparlament Tiflis Levan Zhorzholiani

werden, führte Zhorzholiani aus. Die „grüne Transformation“ der Stadt Tiflis richte sich am Fluss Mtkvari und an der bergigen Umgebung der Stadt aus. Dabei gehe es darum, die Flüsse der Stadt besser an klimatische Bedingungen anzupassen, z. B. Flussbetten zu vergrößern, neue Grünanlagen anzulegen und diese der Bevölkerung zugänglich zu machen. Eine besondere Herausforderung stelle die Umgestaltung ehemaliger Industrieflächen aus Sowjetzeiten dar.

Eine andere wichtige Maßnahme zur „grünen Transformation“ sei die gesamte Erneuerung der Fahrzeugflotte für den öffentlichen Personennahverkehr in Tiflis. Mit schadstoffärmeren Fahrzeugen solle die Luftqualität der Stadt verbessert werden. Viele neue Busse seien mit WLAN und Ladestationen ausgestattet und auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausgerichtet. Die neue Ausrüstung vieler Fahrzeuge im ÖPNV solle diesen attraktiver machen und die Einwohnerinnen und Einwohner dazu motivieren, auf ihren Pkw zu verzichten.

Eine weitere Säule der „grünen Transformation“ sei eine solide Abfallentsorgung, so Zhorzholiani. Auch hierzu habe die Stadt 2019 einen Plan verabschiedet, der beispielsweise vorsehe, Müll zu vermeiden, zu trennen und wiederaufzubereiten. Offene Müllhalden sollten geschlossen und das

Bewusstsein der Bevölkerung für Abfallmanagement erhöht werden.

Zhorzholiani erläuterte zudem, die Stadt habe die bisherigen Ansätze positiv evaluiert und den Weg freigemacht für eine Fortsetzung der „Grünen Agenda“ bis 2030.

Niedrigschwellige Ansätze aus Ipswich (VK)

Bryony Rudkin

Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Stadt Ipswich, England

300 englische Städte haben den Klimanotstand ausgerufen. Mit dieser Zahl führte Bryony Rudkin, stellvertretende Vorsitzende des Rates der Stadt Ipswich, in ihren Vortrag über klimapolitisches Handeln auf lokaler Ebene in England ein. Acht von zehn Bürgerinnen und Bürgern in England seien besorgt wegen des Klimawandels. „Wir können uns nicht auf die Zentralregierung verlassen. Vor diesem Hintergrund müssen wir, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter, auf lokaler Ebene handeln“, stellte Rudkin klar.

„Wir können uns nicht auf die Zentralregierung verlassen […], wir [müssen] auf lokaler Ebene handeln.“

Rudkin vertritt die Stadt Ipswich mit rund 140.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, nordöstlich von London gelegen und nur 15 km von Englands größtem Containerhafen, Felixstowe, entfernt. Der Klimawandel stelle die Stadt vor große Herausforderungen. Einige Maßnahmen, die die Stadt in letzter Zeit umsetzte, stellte die Stadtverordnete kurz vor.

Um ihren Energieverbrauch zu senken, habe die Stadt Ipswich 250 Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet. Bis zum Jahr 2025 solle diese Zahl auf 745 ansteigen. Gleichzeitig seien 745 Gebäude isoliert worden. Diese Maßnahmen seien insbesondere der vulnerablen Bevölkerung zugutegekommen, weil auf diese Weise auch die Kosten für Energie gesenkt werden konnten. Städtische Betriebe wie Abfallentsorgung sowie energieintensive Anlagen wie öffentliche Schwimmbäder seien mittlerweile mit Photovoltaik ausgestattet. Allein die Abdeckung der Schwimmbäder bei Nichtbenutzung und die Senkung der Wassertemperatur um ein Grad habe den Energiebedarf signifikant verringert.

Auch der öffentliche Nahverkehr werde schrittweise modernisiert. So betrage der Anteil der städtischen Fahrzeuge mit Elektromotor bereits 27 Prozent und solle weiter gesteigert werden. Um zu verhindern, dass Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter

Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Stadt Ipswich Bryony Rudkin

lange nach einem Parkplatz suchen, habe die Stadt zudem eine App entwickelt, die verfügbare Parkplätze anzeige.

Besonders stolz macht Rudkin, dass die Stadt Ipswich im Jahr 2022 als „Tree City“ (dt.: Baumstadt) ausgezeichnet wurde, denn die Stadt habe in den letzten beiden Jahren 6.500 neue Bäume gepflanzt. Zusätzlich habe die Stadt beschlossen, dass für jeden gefällten Baum zwei neue gepflanzt werden müssten. Dies gebe allen Anlass zur Hoffnung, dass die Klimabilanz von Ipswich sich stark verbessern werde.

Sitzung

des Monitoring-Ausschusses des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) im Landtag Brandenburg am 4. Juli 2023

Eröffnungsrede

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Präsidentin des Landtages Brandenburg

Sehr geehrter Herr Präsident Verbeek, liebe Frau Vorsitzende Mosler-Törnström, sehr geehrter Herr Generalsekretär Mori, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auswärtigen Sitzung des Monitoring-Ausschusses, meine sehr verehrten Damen und Herren,

„In Europa gibt es nur zwei Typen von Staaten: kleine Staaten . . . und kleine Staaten, die noch nicht verstanden haben, dass sie klein sind."

Paul-Henri Spaak hat das gesagt, der erste Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (1949 bis 1951).

Spaak gilt zu Recht als einer der Gründerväter des vereinigten Europas, wirkte in hohen Ämtern in seiner belgischen Heimat und in europäischen Institutionen.

Vor allem gehörte er zu jenen klugen, ebenso hellsichtigen wie tatkräftigen Politikern, die die richtigen Lehren aus dem Grauen des Zweiten Weltkriegs zogen: Nur gemeinsam ist Europa stark, nur gemeinsam kann es den Frieden und das Wohlergehen seiner Menschen sichern – das war ihr Leitgedanke. Am Europarat sehen wir den Erfolg des friedlichen Austauschs: Wohl kein Zusammenschluss ist so schnell gewachsen, von anfangs zehn auf heute 46 Mitgliedstaaten. Im Europarat arbeiten heute alle kooperationswilligen Nationen des Kontinents an Lösungen für die Zukunft.

„Auch der Landtag engagiert sich in vielfältiger Weise für unseren gemeinsamen Kontinent."

Dabei haben auch die Regionen und die Kommunen Mitsprachemöglichkeiten und Mitwirkungsrechte. Im Geiste Paul-Henri Spaaks bedeutet das: Keine Gemeinde, kein Bezirk, keine Provinz, kein

Bundesland ist zu klein, um wichtig zu sein – und das Geheimnis des Erfolges liegt in der Zusammenarbeit.

Deshalb freue ich mich sehr, dass Sie als Mitglieder des Monitoring-Ausschusses unserer Einladung ins kleine, wenn auch weite Land Brandenburg und seine mittelgroße Hauptstadt Potsdam gefolgt sind.

Als Präsidentin des Brandenburger Parlaments begrüße ich Sie herzlich!

Es soll bei Ihren Beratungen wesentlich um den Klimaschutz in den Regionen und Kommunen Europas gehen. Für dieses Thema ist Brandenburg prädestiniert: zum einen, weil unser Land im Herzen des europäischen Kontinents liegt und eine enge, weit zurückreichende Verbindung zu Europa pflegt. Auch der Landtag engagiert sich in vielfältiger Weise für unseren gemeinsamen Kontinent: im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, auch im Ausschuss der Regionen auf Ebene der Europäischen Union und in zahlreichen Gremien.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Heiner Klemp bedanken, dem Vertreter des Landtages im Kongress.

Als Landesparlament beteiligten wir uns gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern an der „Konferenz zur Zukunft Europas“. Das ist aus meiner Sicht der beste Weg, um Zukunftsfragen zu klären und tragfähige Lösungen zu entwickeln:

Eröffnungsrede der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke im Plenarsaal

Die Menschen wissen in aller Regel recht gut, wo der Schuh drückt und was dagegen zu tun ist.

Die Bürgerbeteiligung ist auch im Klimaschutz ein unverzichtbares Instrument. Es gibt auf regionaler und kommunaler Ebene viele gute Beispiele für eine neue Energiepolitik und weitere Maßnahmen gegen die Erderwärmung; in unserem Symposium gestern durften wir einige wegweisende Projekte kennenlernen.

Womit ich schon beim zweiten Grund bin, warum sich Potsdam für dieses Treffen angeboten hat: Das Land Brandenburg ist in Deutschland ein Vorreiter beim Klimaschutz, etwa durch den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Unser Bundesland deckt heute mehr als 95 Prozent seines eigenen Stromverbrauchs aus klimafreundlichen Quellen.

„Das Land Brandenburg ist in Deutschland ein Vorreiter beim Klimaschutz.“

Es gibt Gemeinden in Brandenburg, die schon seit einiger Zeit energieautark sind.

Impression der Sitzung des Monitoring-Ausschusses des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas am 4. Juli 2023 im Plenarsaal des Landtages

Dort, wo es funktioniert mit dem Klimaschutz, sind die Anwohnerinnen und Anwohner selbst aktiv. Sie sehen und erleben die Vorteile des Umsteuerns. Deshalb ist es wichtig, dass die „Potsdamer Erklärung“, über die Sie gleich beraten und die wir nachher unterzeichnen wollen, eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vorsieht.

Das gilt besonders für junge Menschen, ihre Kinder und Kindeskinder. Ich freue mich deshalb besonders, dass an der Sitzung hier auch Jugenddelegierte teilnehmen und sich einbringen können.

Den jungen Teilnehmenden, Ihnen allen als Mitgliedern des Ausschusses und den Mitarbeitenden danken wir herzlich, dass Sie gekommen sind. Ich wünsche Ihnen fruchtbare Diskussionen, einen angenehmen Aufenthalt im Brandenburger Landtag und eine gute Zeit in unserem schönen Potsdam.

Vielen Dank,
thank you very much,
merci beaucoup!

Resümee

Heiner Klemp

KGRE-Delegierter und Mitglied des Landtages Brandenburg

Sehr geehrter Herr Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kongressmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren,

am 4. Juli 2023 tagte der Monitoring-Ausschuss des KGRE (Kongress) in Potsdam. Damit unterstützte der Landtag Brandenburg die wichtige Arbeit des Kongresses zum Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Gleichzeitig trug er zur verbesserten Sichtbarkeit des Kongresses bei, der die zentrale paneuropäische Institution zur Vertretung der Interessen von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ist.

Im Rahmen der Ausschusssitzung des Kongresses hier in Potsdam ist es uns gelungen, die „Potsdamer Erklärung“ zu verabschieden. Sie unterstreicht die Tatsache, dass der Schutz und die Bewahrung einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt eine gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung aller politischen Ebenen darstellen.

KGRE-Delegierter und Mitglied des Landtages Brandenburg Heiner Klemp

Gleichzeitig hebt sie den entscheidenden Beitrag von Gemeinden und Regionen für ein Gelingen der (gemeinsamen) Bewältigung der Klimakrise in den Vordergrund.

Schon während des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats in Reykjavik im Frühjahr 2023 forderte die Ausschussvorsitzende dazu auf, die Bekämpfung des Klimawandels als Bestandteil des Menschenrechtsschutzes zu einer Priorität für den Europarat und seine Mitgliedstaaten zu erklären. Es freut mich daher besonders, dass es heute in Potsdam gelungen ist, unmittelbar an dieses Momentum aus Reykjavik anzuknüpfen

In der „Potsdamer Erklärung“ werden u. a. die nationalen Regierungen unmittelbar adressiert und insbesondere eine stärkere Beteiligung der für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen entscheidenden lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei den Entscheidungsfindungsprozessen im Bereich des Umweltschutzes auf europäischer und nationaler Ebene gefordert.

Auf globaler und europäischer Ebene hat es ganze 20 Jahre gedauert, um einen politischen Entscheidungsprozess abzuschließen, der nunmehr in einen menschenrechtsbasierten Ansatz beim Klimaschutz gemündet ist. Wir haben keine weiteren 20 Jahre, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen. Zügiges und entschlossenes Handeln ist gefordert.

„Wir haben keine weiteren 20 Jahre, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen.“

Den Gemeinden und Regionen und ihren politischen Vertreterinnen und Vertretern kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu. Die Klimaschutzmaßnahmen müssen vor Ort in den Gemeinden und Regionen effektiv umgesetzt werden. Wir wollen unsere Städte, Gemeinden und Regionen zukunftsfähig machen und so umbauen, dass sie besser mit bereits sichtbaren Folgen des Klimawandels umgehen können.

Ganz entscheidend wird dabei sein, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Wir müssen also auf die Menschen zugehen, um sie für die notwendigen Veränderungen zu gewinnen – und das geht am besten auf lokaler und regionaler Ebene. Entsprechend enthält die „Potsdamer Erklärung“ den besonders wichtigen Aufruf an alle politischen Ebenen, die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Umweltschutzmaßnahmen und an der Umweltpolitik zu ermöglichen und dabei vor allem auch jüngere Generationen und besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen in den Blick zu nehmen.

Die Potsdamer Erklärung

Im Landtag Brandenburg ist am 4. Juli 2023 die „Potsdamer Erklärung zum gemeinsamen Engagement für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt“ feierlich unterzeichnet worden. Der Monitoring-Ausschuss des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, der Regionalkammer des Europarates, hatte das Dokument zuvor bei seiner auswärtigen Sitzung im Plenarsaal des Landtages beraten und einstimmig beschlossen. Die „Potsdamer Erklärung“ verpflichtet die europäischen Kommunen und Regionen in den 46 Staaten des Europarates zu Anstrengungen für den Klima- und Umweltschutz. Zudem sieht sie vor, eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Umweltschutzbemühungen und -maßnahmen vor Ort zu ermöglichen, vor allem für jüngere Menschen.

Die „Potsdamer Erklärung“ knüpft damit unmittelbar an den „Reykjavik-Prozess“ an, der die Arbeit des Europarates zu Menschenrechtsaspekten des Umweltschutzes intensivieren soll. Der Europarat hat in diesem Zusammenhang auch die entscheidende Rolle von lokalen Gemeinschaften, Städten, Regionen und anderen subnationalen Behörden beim Umweltschutz ausdrücklich anerkannt. Der „Reykjavik-Prozess“ war im Rahmen des zweitägigen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten im Europarat am 16./17. Mai 2023 angestoßen worden.

Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke und die Vorsitzende des Monitoringausschusses, Gudrun Mosler-Törnström, unterzeichneten die Erklärung im Beisein der Ausschussmitglieder.

Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke erklärte dazu: „Brandenburg und seine Hauptstadt Potsdam sind der richtige Ort für diese Vereinbarung: Unser Land ist ein Vorreiter beim Klimaschutz, etwa durch den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Brandenburg deckt heute mehr als 95 Prozent seines eigenen Stromverbrauchs aus klimafreundlichen Quellen, und es gibt hier energieautarke Gemeinden. Zudem liegt Brandenburg im Herzen des europäischen Kontinents. Der Landtag beteiligt sich seit langem aktiv an den Diskussionen über die Zukunft Europas, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern. Die Beteiligung der Menschen, gerade junger, ist auch im Klimaschutz ein unverzichtbares Instrument. Die ‚Potsdamer Erklärung‘ unterstreicht das.“

Die Ausschussvorsitzende Gudrun Mosler-Törnström erklärte: „Die ‚Potsdamer Erklärung‘ definiert dringend benötigte und zeitnahe politische Vorgaben für uns alle, um den Herausforderungen der Klimakrise angemessen zu begegnen. Die Erklärung markiert einen Wendepunkt mit Blick auf die Rolle des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas in Bezug auf den

Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke (l.) und die Ausschussvorsitzende Gudrun Mosler-Törnström (r.) unterzeichnen die „Potsdamer Erklärung“ zum Klimaschutz in Europa im Landtag.

Klimaschutz. Wir werden alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um diese Erklärung mit Leben zu füllen, sowohl innerhalb des Kongresses als auch im Rahmen unserer konkreten Maßnahmen in den Mitgliedstaaten des Europarates zur Bekämpfung des Klimawandels.”

Potsdamer Erklärung: gemeinsame Verpflichtung auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt

Im Anschluss an die Hochrangige Konferenz „Klimamaßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene als Beitrag zum Schutz der Menschenrechte“ und die Sitzung des Monitoring-Ausschusses des Kongresses, die am 3. bzw. 4. Juli 2023 stattfanden, erklären die Mitglieder des Monitoring-Ausschusses des Kongresses und die Präsidentin des Landtages Brandenburg;

Alarmiert, dass Menschen, Gemeinschaften, Ökosysteme und Ökonomien auf der ganzen Welt unter der Umweltzerstörung und unter Umweltschäden, dem Verlust von Biodiversität, der Versorgungsunsicherheit in Bezug auf Energie, Nahrung und Wasser und steigender Ungleichheit leiden, die durch die globale Erwärmung, die kontinuierliche Emission von Treibhausgasen und extreme Wetterbedingungen verursacht werden.

Tief besorgt über die nachteiligen Auswirkungen der dreifachen planetarischen Krise aus Umweltverschmutzung, Klimawandel und Verlust von Biodiversität auf die Ausübung der Menschenrechte und über die besonders verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerungen, die von diesen Herausforderungen betroffen sind.

In Begrüßung der Resolution 76/300 der UN-Vollversammlung vom 28. Juli 2022, die den Zugang zu einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt zu einem allgemeinen Menschenrecht erklärte.

In Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Berichts „A fundamental right to the environment: a matter for local and regional authorities” (dt.: „Ein Grundrecht auf die Umwelt: eine Angelegenheit für regionale und kommunale Gebietskörperschaften“), der am 26. Oktober 2022 vom Kongress angenommen wurde.

In der Überzeugung, dass alle Regierungsebenen ihre Bemühungen bündeln sollten, um der existenziellen Bedrohung der Lebensbedingungen von Gemeinschaften durch die Klimakrise entgegenzuwirken und den Klimawandel zu bekämpfen.

Im Bestreben, die globale Antwort auf den Klimawandel auf allen Regierungsebenen in Abstimmung mit den in internationalen Übereinkommen und Verträgen festgelegten Zielen zu stärken, u. a. der Agenda zur nachhaltigen Entwicklung 2030 und das Pariser Abkommen.

In der Erwägung, dass die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung nicht nur Staaten, sondern jeden Einzelnen sowie alle subnationalen Stellen, aufgrund ihrer erweiterten Rolle und Zuständigkeiten in mit dem Umweltschutz verbundenen Bereichen, verpflichten, einschließlich u. a. Stadtplanung, Raumplanung und ländliche Entwicklung, Abfall-, Wasser- und Energiemanagement, Transportsysteme,

Verhinderung von Umweltverschmutzung und Förderung einer Kreislaufwirtschaft der Nähe.

In Erinnerung, dass gute demokratische Governance auf regionaler und kommunaler Ebene ohne den Schutz der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt, unmöglich ist.

Unter Hervorhebung, dass die Annahme eines menschenrechtsbasierten Ansatzes beim Umweltschutz und für eine nachhaltige Entwicklung die gemeinsame Verantwortung aller Regierungsebenen ist.

In Betonung der dringenden Notwendigkeit einer effektiven und systemischen mehrstufigen Kooperation, um die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung und eine effektive Umsetzung der allgemeinen Grundsätze des internationalen Umweltrechts zum Wohle der Menschheit voranzubringen.

In Begrüßung des Beitrags der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zu den globalen Umweltanstrengungen, indem sie eine Bandbreite an Maßnahmen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erlassen, um auf ökologische Herausforderungen zu reagieren.

In Betonung der wichtigen Rolle, die Regionen und Gemeinden beim Ansprechen aller sozialen Gruppen in ihren Gemeinden spielen, einschließlich Menschen in schutzbedürftigen Situationen, um diese auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung inklusiv in die Transformationsprozesse zur Bekämpfung des Klimawandels einzubeziehen, unter gleichzeitiger gebührender Beachtung ihrer besonderen Bedürfnisse.

In Bestätigung, dass dieser Beitrag die Auswirkungen der Umsetzung der nationalen Klimapolitik stärkt und das Erreichen der Agenda zur nachhaltigen Entwicklung 2030 durch ein Bottom-up-Handeln unterstützt.

1. Ihre vollumfängliche Verpflichtung auf den Schutz der Menschenrechte durch gute Governance, nachhaltige Entwicklung und den Aufbau einer sicheren, klimaresilienten und menschenzentrierten Zukunft für Regionen, Städte und Gemeinden;

2. Begrüßen den Beschluss des vierten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs des Europarats, ihre Tätigkeit zu den menschenrechtlichen Aspekten der Umwelt zu stärken, den „Reykjavik-Prozess" zur Stärkung der Tätigkeit des Europarats in diesem Bereich einzuleiten, die wichtige Rolle der Städte, Regionen und anderer subnationaler Stellen beim Umweltschutz anzuerkennen und so rasch wie möglich die Erwägung des Europarats in Bezug auf die Notwendigkeit und Machbarkeit eines entsprechenden Instruments/entsprechender Instrumente im Bereich Menschenrechte und Umwelt abzuschließen;

3. Beschließen, weiterhin die regionalen und kommunalen Gebiets-

körperschaften in ihren Bemühungen zu unterstützen, die globale Erwärmung zu begrenzen und sich mit den langfristigen Auswirkungen des Klimawandels durch Anpassungs- und Mitigationsmaßnahmen auf Grundlage von Menschenrechtsstandards zu befassen;

4. Beschließen des Weiteren, aktiv zur Aufklärung über Menschenrechte und Klimawandel beizutragen, um die Resilienz und die Anpassungskapazitäten von Gemeinschaften, Städten und Regionen in Bezug auf die Folgen der globalen Erwärmung zu stärken;

5. Verpflichten sich, Umweltperspektiven und -ziele bei der Gestaltung von Städtepolitik und Stadtplanung an der Basis zu berücksichtigen, u. a. durch die Verwendung von Green-Budgeting-Tools;

6. Verpflichten sich, eine effizientere Nutzung bestehender Ressourcen zu fördern und auf regionaler und kommunaler Ebene die Umstellung auf eine nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen, bei gleichzeitiger Gewährleistung, dass diese Umstellung gerecht und fair verläuft und allen Bürgern gleichermaßen die Gelegenheit gibt, von Umweltschutzprogrammen und -maßnahmen zu profitieren;

7. Verpflichten sich des Weiteren, eine ökologisch respektvolle und energiesparende Lebensweise, Lösungen für Versorgungsengpässe von sauberen und erneuerbaren Energien und Wasser, Kreislaufwirtschaft und eine nachhaltige Reduzierung von Emissionen zu fördern;

8. Geloben, ihre Bemühungen zur Stärkung einer mehrstufigen Kooperation beim Umweltschutz auf Grundlage der Achtung der Menschenrechte, demokratischen Werte und Grundsätze der Offenheit, Transparenz, Teilhabe, Gleichheit, Vielfalt, Inklusion, Nichtdiskriminierung, Rechenschaftspflicht und Zugänglichkeit fortzusetzen;

9. Rufen dazu auf, proaktiv den Zugang der Bürger zu relevanten Informationen sicherzustellen und sie an der Basis vollumfänglich in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, um eine bedeutsame Teilhabe der Bürger an Umweltschutzmaßnahmen und an der Umweltpolitik zu ermöglichen und zu motivieren, vor allem jüngere Generationen und Menschen in schutzbedürftigen Situationen;

10. Beschließen, weiterhin gemeinsame Herausforderungen zu identifizieren und den Austausch guter Praxisbeispiele und guter Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels unter den subnationalen Stellen in Europa zu ermöglichen, damit sie von einer Bandbreite an Erfahrungen profitieren können.

Der Monitoring-Ausschuss und die Präsidentin des Landtages Brandenburg rufen die Delegationen der Mitgliedstaaten beim Kongress auf, bei ihren Kontakten zu nationalen Stellen die dringende Notwendigkeit zu behandeln, das gemeinsame Handeln

in Bezug auf den Klimawandel neu zu beleben, um sich für die Zukunft und zukünftige Generationen für einen sichereren und gesünderen Planeten einzusetzen.

Zur Erlangung dieses Ziels sollten die nationalen Stellen aufgefordert werden:

1. Die mehrstufige Zusammenarbeit als Schlüssel für das Zusammenlegen von Fachwissen, Innovation und Kreativität auf allen Regierungsebenen zu unterstützen und auf diese Weise die Umsetzung der Ziele zur nachhaltigen Entwicklung zu beschleunigen;

2. Systematisch regionale und kommunale Gebietskörperschaften, u. a. durch deren Vertreter (nationale Verbände), in die Planung und Umsetzung der nationalen Menschenrechts- und Klimapolitik einzubeziehen, um von den Erkenntnissen subnationaler Stellen hinsichtlich der Gegebenheiten vor Ort zu profitieren;

3. Ausreichende finanzielle Mittel, einen Rechtsrahmen und die organisatorische Kapazität der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften sicherzustellen, um Maßnahmen zur Klimaanpassung und Mitigation umzusetzen, neue Tools zu entwickeln, die subnationale Politik mit der Agenda und Prioritäten zur nach-

Ausschussvorsitzende Gudrun Mosler-Törnström (l.), Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke (m.) und KGRE-Mitglied Heiner Klemp (r.) mit der unterzeichneten „Potsdamer Erklärung“ zum Klimaschutz in Europa

haltigen Entwicklung abzustimmen und die Resilienz an der Basis für die Folgen des Klimawandels zu erhöhen;

4. Den Zugang der Gemeinden zu grüner Technologie mit dem Ziel zu erhöhen, Transformation und Innovation in verschiedenen Bereichen zu ermöglichen, vom Energie- und Wassermanagement bis zur Kommunikation;

5. Die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften beim Umgang mit dem Klimawandel und die ökologische Ausrichtung der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen zu ermutigen und herbeizuführen.

Impressum

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Stabsstelle, Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Autorin (Symposium am 3.7.2023 , S. 9ff.): Dr. Mechthild Baumann

Bildnachweis:
Titelbild: Landtag Brandenburg / Fabian Schellhorn
Foto S. 4: Landtag Brandenburg / Stefan Gloede
Fotos des Symposiums am 3.7.2023: Landtag Brandenburg / Konstantin Gastmann
Fotos der KGRE-Sitzung am 4.7.2023: Landtag Brandenburg / Fabian Schellhorn

Herstellung: LGB (Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0
Fax 0331 966-1210
post@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Folgen Sie uns: